

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl. 50.004/21-4/o/1-72

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 2. Juni 1972
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

383 /A.B.
zu 426/J.
Präs. am 13. Juni 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, betreffend Schweizer Atomkraftwerk Rüthi - Auswirkungen auf die Gesundheit der Vorarlberger Bevölkerung im grenznahen Gebiet

(Zl. 426/J-NR-1972)

In der vorliegenden Anfrage wird auf den beabsichtigten Bau eines Atomkraftwerkes in der schweizerischen Ortschaft Rüthi, nahe der österreichischen Grenze Bezug genommen und an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende Frage gerichtet:

Wie lautet das vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ausgearbeitete Gutachten über eine mögliche gesundheitlich Gefährdung der Vorarlberger Bevölkerung durch den Betrieb des Schweizer Atomkraftwerkes Rüthi ?

In Beantwortung der Anfrage teile ich mit:

Dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ist bekannt, daß in der schweizerischen Ortschaft Rüthi, in der unmittelbaren Nähe der österreichischen Grenze ein Atomkraftwerk errichtet werden soll. Nach der gegebenen Rechtslage besteht keine Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Errichtung von Atomkraftwerken im benachbarten Ausland. Was die Frage einer möglichen gesund-

heitlichen Gefährdung der Vorarlberger Bevölkerung durch den Betrieb des geplanten Schweizer Atomkraftwerkes Rüthi anlangt, darf darauf hingewiesen werden, daß auch in der Schweiz die Errichtung von Kernkraftwerken unter Beachtung der international anerkannten Sicherheitsnormen erfolgt. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Vorarlberger Bevölkerung durch das geplante Kernkraftwerk einer über die natürliche Hintergrundstrahlung hinausgehende Strahlenbelastung infolge des Betriebes des genannten Kernkraftwerkes ausgesetzt sein wird.

Da ich dennoch die Rechts- und Sachlage als unbefriedigend empfinde und die Bedenken der österreichischen Bevölkerung im grenznahen Raum für wirklich beachtlich halte, habe ich bereits gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Schritte wegen Kontaktaufnahme mit den zuständigen schweizerischen Stellen unternommen. Unter Bedachtnahme auf die Wahrung der gesundheitlichen Belange der Bevölkerung in dem in Betracht kommenden Grenzgebiet, wird mein Bundesministerium das Projekt weiterhin mit gebührender Aufmerksamkeit und Sorgfalt verfolgen.

Der Bundesminister:

Kewald